

Minister-Sammlung

Die Beratungen der Schulinspektoren hinsichtlich des Schulbeginnes seien noch im Gange; es sei erst heute gelungen, eine Anzahl von Schulen von der Kriegsverwaltung freizubekommen.

Wenn es möglich sei, bis zum 16. September die Form des Unterrichtes und die Einteilung des Lehrpersonales festzusetzen, werde zu diesem Termine mit dem Unterricht begonnen werden.

Weiters teilt der Bürgermeister mit, daß er bei der Statthaltereier wegen rascherer Erledigung der Gesuche um den Unterhaltsbeitrag wiederholt interveniert habe und tatsächlich seien auch Vorkehrungen getroffen worden, um eine raschere Erledigung herbeizuführen.

Es seien bis jetzt zirka 60.000 inklusive der ungarischen Gesuche erledigt und die Beträge angewiesen; die Ungarn bekommen dasselbe wie die Österreicher (formale Reziprozität). Für die bereits aus den Mitteln der Zentralstelle an die Ungarn ausbezahlten Unterstützungen werde keine Refundierung verlangt.

Die Konferenz erklärt sich mit diesem Vorgang einverstanden.

Auch die Behandlung der Reichsdeutschen sei geordnet. Sie bekommen vom Konsulate Unterstützungsbeiträge, und zwar erwachsene Personen 1 K 32 h, Personen zwischen dem 8. und 14. Lebensjahre 66 h und Personen unter 8 Jahren 33 h.

Das Ministerium des Innern habe einen Betrag von 30.000 K für diese Zwecke zur Verfügung gestellt.

Bezüglich der Behandlung der Österreicher in Deutschland werde ein analoger Vorgang beobachtet.

Weiters teilt der Bürgermeister mit, daß er eine Kundmachung, betreffend die frühere Sperrung der Branntweinschänken erlassen habe. Die Verfügung wird seitens aller Konferenzmitglieder mit Dank zur Kenntnis genommen.

Bezüglich der Vorräte an Hülsenfrüchten teilt der Bürgermeister mit, daß von Linsen keine alten Vorräte vorhanden seien, die neue Ware sei von minderer Qualität. Gespaltene Erbsen seien zumeist aus Rußland gekommen und bleiben jetzt aus. Runde Erbsen kämen aus Ungarn, seien aber stark wipplig, Bohnen seien in ziemlich genügender Menge vorhanden.

Der Bürgermeister teilt weiters mit, daß in Betreff der Auspeisung Arbeitsloser, sowie der Schulkinder, Vorkehrungen getroffen wurden, wonach 63.449 Personen sofort und 43.000 Personen nach kurzen Vorbereitungen, somit zusammen 106.449 Personen täglich ausgepeist werden können, dabei seien weder Volksküchen noch Gastwirte in Anspruch genommen. Er wolle jedoch mit diesen Auspeisungen nicht früher beginnen, als bis der Moment der Not eingetreten sei.

Bezüglich der Personalaufnahmen bei der Straßenbahn teilt der Bürgermeister mit, daß die Zeit zur Schulung der Schaffner 14 Tage, der Wagenführer drei bis vier Wochen (Mindestausmaß) betrage. Bis zum 1. September seien 1650 Personen neu aufgenommen worden, davon für den Fahrdienst 860. Derzeit seien 800 Mann in Schulung. Es werden gegenwärtig 265 Pensionisten im Fahrdienste verwendet; der Verlust durch die Einrückung der 40tägig Enthobenen betrage 320 Mann. Von den Neuaufgenommenen seien 120 Mann zum Fahrdienste eingeteilt.

Er habe weiters Veranlassung getroffen, daß die Pensionisten sofort durch die Neugeschulften ergänzt werden. Die vom Gem.-Rat Winarsky in der letzten Sitzung aufgestellte Behauptung,

daß nur Besuchswerber, die mit Empfehlungen christlichsozialer Funktionäre versehen seien, in die Dienste der Straßenbahnen aufgenommen werden, sei den gepflogenen Erhebungen zufolge nicht richtig. Magistrats-Direktor Weiß bemerkt noch, daß beim Bahnhofe „Ottakring“ eine Personalaufnahme überhaupt nie stattfinde.

Gem.-Rat Winarsky ersucht den Herrn Bürgermeister zu veranlassen, daß der Nachtbetrieb auf den Straßenbahnen wieder verlängert werde.

Gem.-Rat Leitner spricht sich dagegen aus.

Vize-Bürgermeister Rain spricht sich ebenfalls gegen die Verlängerung des Nachtverkehrs aus.

Würden die Intervallen verlängert werden, so würden die Leute anstatt des langen Wartens lieber zu Fuß gehen; auch seien die meisten Wirtschaftsgeschäfte um 10 und $\frac{1}{2}$ 11 Uhr abends schon gesperrt.

Gem.-Rat Reumann führt aus, daß die Kürzung des Nachtbetriebes hauptsächlich für die an der Peripherie der Stadt wohnenden Bewohner sich empfindlich fühlbar mache.

Nach Ottakring fahren die letzten Wagen schon um 11 Uhr abends. Es wäre wünschenswert, daß einzelne Wagen später noch hinaus geführt werden. Wenn die Theater eröffnet werden, würde die Verlängerung des Betriebes unbedingt notwendig sein. Das finanzielle Moment dürfe für die Betriebsverlängerung nicht maßgebend sein; denn es sei sicher, daß in diesem Jahre mit einem Überschuß bei den Straßenbahnen nicht gerechnet werden könne. Der Herr Bürgermeister möge mit Direktor Spängler nochmals Rücksprache pflegen, ob nicht doch eine Erweiterung des Nachtbetriebes stattfinden könne.

Der Bürgermeister sagt dies zu, betont aber, er habe sich persönlich überzeugt, daß nach 9 Uhr abends die Frequenz auf der Straßenbahn eine kaum nennenswerte sei.

Der Bürgermeister teilt mit, daß er mit Zustimmung der Finanz-Landes-Direktion die Bezirksamtsleiter ermächtigt habe, Exekutionsgebühren zur Abschreibung zu bringen.

Der Bürgermeister teilt weiters mit, daß er eine Reduzierung der öffentlichen Beleuchtung angeordnet habe, und zwar dort, wo Gas- und elektrisches Licht konkurrieren. Es werde ein Zeitpunkt kommen, wo mit den Kohlen mehr gespart werden müßte wie jetzt.

Gem.-Rat Reumann wünscht, es möge hierbei planmäßig vorgegangen werden.

In den Vororten sei bis jetzt schon mit der Beleuchtung zu viel gespart worden. Es hätten sich in der letzten Zeit in Hütteldorf Einbrüche gezeigt, wie sie früher nicht vorkamen, es möge daher die vielfach mangelhafte Beleuchtung der Vororte nicht reduziert werden.

Der Bürgermeister erwidert, daß, wie bereits erwähnt, die Reduzierung sich nur auf die konkurrierende Beleuchtung (Gas- und Bogenlicht) beziehen und selbverständlich nur insoweit durchgeführt werde, als die Sicherheit dies gestatte. Es könne aber gewiß in dem gegenwärtigen Zeitpunkte als Luxus bezeichnet werden, wenn auf Plätzen, wie vor dem Rathause, beide Beleuchtungen belassen werden.

Der Bürgermeister gibt hierauf das nachstehende Verzeichnis des Konstriptionsamtes über die pro 1. September 1914 in Wien gekündigten Monatswohnungen bekannt.